

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

zu dem

Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht zum 31. Dezember 2015, Tätigkeitsbericht 2014/2015

- Drucksache 6/3880 -

in Verbindung mit

Stellungnahme der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht für die Jahre 2014 und 2015 der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

- Drucksache 6/4740 -

Berichtersteller:

Abgeordneter Sören Kosanke (SPD-Fraktion)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht zum 31. Dezember 2015 und die Stellungnahme der Landesregierung hierzu zur Kenntnis nehmen.

Datum des Eingangs: 18.11.2016 / Ausgegeben: 18.11.2016

Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss für Inneres und Kommunales dem Landtag, die Landesregierung aufzufordern:

1. sich auf den Ebenen der Landespolitik, der Bundespolitik und der europäischen Politik für einen wirksamen Datenschutz einzusetzen. Die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft führt nicht nur zu Effizienzsteigerungen, sondern birgt auch eine Reihe von Gefahren in sich. Deshalb kommt es darauf an, den Datenschutz in allen Lebensbereichen zu garantieren sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung genau wie das Recht auf Privatsphäre sicherzustellen.
2. darauf hinzuwirken, dass IT-Sicherheitsleitlinien und IT-Sicherheitskonzepte konsequent in allen Bereichen der Landes- und Kommunalverwaltungen bestehen und alle erforderlichen Verfahrensdokumentationen erstellt und fortgeschrieben werden.
3. die Open-Data-Konzeption des Landes weiter voranzubringen und dafür Sorge zu tragen, dass die gemeinsame Datenbank des Bundes und der Länder GovData mit den erforderlichen Daten gespeist wird. Denn Transparenz ist für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit konstitutiv und für eine moderne Verwaltung richtungsweisend.
4. die Einführung und Nutzung von Instrumenten des E-Government unter Berücksichtigung der veränderten technischen sowie europa- und bundesrechtlichen Rahmenbedingungen voranzubringen und die Erarbeitung eines E-Government-Gesetzes vorzubereiten.
5. die Verwaltung des Landes bürgerfreundlicher und effizienter aufzustellen, indem Ebenen übergreifende elektronische Verfahren auf der Grundlage einer verlässlichen und modernen Informationstechnik unter Einbindung bestehender Fachverfahren durchgeführt werden sowie die föderalen IT-Kooperationen zu verbessern.
6. neben dem Zentralen IT-Dienstleister des Landes (ZIT) institutionelle Zusammenschlüsse in Gestalt eines oder mehrerer kommunaler Rechenzentren zu fördern, da diese einen wichtigen Beitrag leisten können, um Sicherheitslücken im IT-Sicherheitsmanagement der Landes- und Kommunalverwaltung frühzeitig zu erkennen und zu schließen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht (LDA) legt dem Landtag alle zwei Jahre einen Bericht über ihre Tätigkeit vor (§ 27 Absatz 1 Satz 1 und Satz 3 Brandenburgisches Datenschutzgesetz, § 11 Absatz 3 Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz des Landes Brandenburg). Der Tätigkeitsbericht der LDA zum 31. Dezember 2015 liegt dem Landtag seit dem 12. April 2016 als Drucksache 6/3880 vor. Er deckt den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2015 ab.

Der Bericht umfasst die Tätigkeit der LDA in Bezug auf die Kontrolle der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften im öffentlichen Bereich nach § 23 Absatz 1 Brandenburgisches Datenschutzgesetz und als Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz sowie hinsichtlich ihrer Aufgaben nach § 11 Absatz 2 Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz des Landes Brandenburg.

In den Teilen A und B des Berichts wird über aktuelle Entwicklungen im Datenschutz und neue Technologien informiert. Es wird auf besondere Schwerpunktthemen (u. a. Europäische Datenschutz-Grundverordnung, Aktivitäten im Polizeibereich, Videoüberwachung des öffentlichen und nicht-öffentlichen Raumes, Datenschutzkontrollen in den Kommunen) eingegangen und die Tätigkeit der Sanktionsstelle dargestellt. Der Teil C befasst sich mit Fragen der Akteneinsicht und des Informationszugangs; Teil D widmet sich der Organisation der Dienststelle der LDA und stellt deren Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene dar.

Die Landesregierung legt dem Landtag regelmäßig innerhalb von vier Monaten nach Vorlage des Tätigkeitsberichtes der Landesbeauftragten für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht eine Stellungnahme vor (§ 27 Absatz 1 Satz 2 Brandenburgisches Datenschutzgesetz). Die Stellungnahme der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht für die Jahre 2014 und 2015 der LDA liegt dem Landtag seit dem 25. Juli 2016 als Drucksache 6/4740 vor.

Die Stellungnahme der Landesregierung beschränkt sich im Wesentlichen auf Sachstandsmitteilungen bzw. Erläuterungen zu Hinweisen der LDA, bei denen zwischen der Landesregierung und der Landesbeauftragten unterschiedliche Auffassungen bestehen. Zur Tätigkeit als Kontrollstelle für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich hat die Landesregierung - entsprechend dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz - nicht Stellung genommen.

Die Präsidentin des Landtages hat den Ausschuss für Inneres und Kommunales gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages gebeten, die Drucksachen 6/3880 und 6/4740 zu beraten und dem Landtag Bericht hierzu zu erstatten.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales hat die beiden Vorlagen in seiner 22. Sitzung am 15. September 2016 sowie abschließend in seiner 23. Sitzung am 3. November 2016 beraten.

B. Beratung

In der 22. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 15. September 2016 stellte die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht ihren Bericht noch einmal mündlich in seinen Schwerpunkten vor. Die Mitglieder des Ausschusses würdigten die Arbeit der LDA und stellten Nachfragen an die LDA und die Landesregierung. Es fand eine allgemeine Erörterung statt. Die Diskussion fokussierte sich dabei insbesondere auf Fragen der IT-Sicherheit, die IT-Strategie des Landes, die Frage, ob es notwendig sei, das Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz des Landes Brandenburg und das Umweltinformationsgesetz des Landes Brandenburg zu einem Transparenzgesetz zusammenzuführen, die Auswirkungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung und die polizeiliche Kennzeichenerfassung.

Dem Ausschuss für Inneres und Kommunales lag zur abschließenden Beratung in seiner 23. Sitzung am 3. November 2016 ein Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE vor (Anlage), der einen Vorschlag für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Kommunales enthielt.

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht begrüßte den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen. Es sei insbesondere ausgesprochen erfreulich, dass der Beschlussvorschlag die Wichtigkeit der europäischen Ebene für einen wirksamen Datenschutz berücksichtige. Nationale Lösungen reichten für einen wirksamen Datenschutz nicht mehr aus. Im Übrigen regte die LDA an, einzelne Formulierungen des Antrages punktuell zu ändern bzw. zu ergänzen. Sie war darüber hinaus der Auffassung, dass in Brandenburg ein Transparenzgesetz erlassen werden solle, das Informationsfreiheitsrechte sowie Veröffentlichungspflichten in einem Regelwerk zusammenführe.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE erläuterten, ihr Antrag mache auf bestehenden Handlungsbedarf aufmerksam. Aus ihrer Sicht bedürfe es der von der LDA vorgeschlagenen punktuellen Umformulierungen des Antrages nicht. Die Frage, ob man in Brandenburg ein Transparenzgesetz erlasse und darin unter anderem die bestehenden zwei Gesetze zusammenführe, erfordere eine sorgfältige Prüfung. Es gebe auch Gründe, die dagegen sprächen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, sie lehne den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen nicht ab. Der Vorschlag hätte jedoch etwas weitgehender formuliert werden können.

Die CDU-Fraktion führte aus, das Land Brandenburg sei in den Bereichen Informationstechnik, E-Government und Digitalisierung schwach aufgestellt. Die IT-Strategie des Landes sei mehr als zehn Jahre alt. Andere Bundesländer seien deutlich weiter.

Der Minister des Innern und für Kommunales wies darauf hin, dass auf Grundlage der bestehenden IT-Sicherheitsinfrastruktur und der 2014 neu gefassten Informationssicherheitsleitlinie der Landesverwaltung bisher alle Angriffe auf die IT der Landesverwaltung ohne nennenswerte Ausfallzeiten und nachteilige Folgen insbesondere für die Datenintegrität und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung hätten abgewehrt werden können.

Im Ergebnis seiner Beratungen beschloss der Ausschuss für Inneres und Kommunales bei drei Stimmenthaltungen einstimmig, den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE anzunehmen.

Sören Kosanke
Berichtersteller und Vorsitzender
des Ausschusses für Inneres und Kommunales

Anlage

Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Kommunales



DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Vorsitzender des
Ausschusses für Inneres und Kommunales
Herrn Sören Kosanke

Im Hause

Potsdam, den 02.11.2016

Zu TOP 6:
Antrag für eine Beschlussempfehlung

**Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das
Recht auf Akteneinsicht zum 31. Dezember 2015, Tätigkeitsbericht 2014/2015
(DS 6/3880)**

i. V. m.

**Stellungnahme der Landesregierung zum Tätigkeitsbericht der Landesbeauf-
tragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht (DS 6/4740)**

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge folgendes beschließen:

Der Landtag nimmt den Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Da-
tenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht für die Jahre 2014 und 2015
sowie die Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Tätigkeitsbericht zur
Kenntnis.

Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss für Inneres und Kommunales dem Landtag,
die Landesregierung aufzufordern:

1. sich auf den Ebenen der Landespolitik, der Bundespolitik und der europäi-
schen Politik für einen wirksamen Datenschutz einzusetzen. Die zunehmende
Digitalisierung der Gesellschaft führt nicht nur zu Effizienzsteigerungen, son-

dem birgt auch eine Reihe von Gefahren in sich. Deshalb kommt es darauf an, den Datenschutz in allen Lebensbereichen zu garantieren sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung genau wie das Recht auf Privatsphäre sicherzustellen.

2. darauf hinzuwirken, dass IT-Sicherheitsleitlinien und IT-Sicherheitskonzepte konsequent in allen Bereichen der Landes- und Kommunalverwaltungen bestehen und alle erforderlichen Verfahrensdokumentationen erstellt und fortgeschrieben werden.
3. die Open-Data-Konzeption des Landes weiter voranzubringen und dafür Sorge zu tragen, dass die gemeinsame Datenbank des Bundes und der Länder GovData mit den erforderlichen Daten gespeist wird. Denn Transparenz ist für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit konstitutiv und für eine moderne Verwaltung richtungsweisend.
4. die Einführung und Nutzung von Instrumenten des E-Government unter Berücksichtigung der veränderten technischen sowie europa- und bundesrechtlichen Rahmenbedingungen voranzubringen und die Erarbeitung eines E-Government-Gesetzes vorzubereiten.
5. die Verwaltung des Landes bürgerfreundlicher und effizienter aufzustellen, indem Ebenen übergreifende elektronische Verfahren auf der Grundlage einer verlässlichen und modernen Informationstechnik unter Einbindung bestehender Fachverfahren durchgeführt werden sowie die föderalen IT-Kooperationen zu verbessern.
6. neben dem Zentralen IT-Dienstleister des Landes (ZIT) institutionelle Zusammenschlüsse in Gestalt eines oder mehrerer kommunaler Rechenzentren zu fördern, da diese einen wichtigen Beitrag leisten können, um Sicherheitslücken im IT-Sicherheitsmanagement der Landes- und Kommunalverwaltung frühzeitig zu erkennen und zu schließen.

Daniel Kurth
für die Fraktion der SPD

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
für die Fraktion DIE LINKE.